

Die Wahlen in Oesterreich

Autor(en): **Leichter, Otto**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **3 (1923-1924)**

Heft 4

PDF erstellt am: **21.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-328663>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Leider wird der Beschluß sowohl von den Versicherten als auch den Arbeitgebern viel zu wenig gewürdigt.

Sodann wurde durch Beschluß der Behörde ein *S i l f s f o n d s* zugunsten der obligatorisch versicherten Personen und ihrer Hinterlassenen geschaffen, aus dem bis Ende 1922 rund Fr. 84,000 geflossen sind. Und schließlich wurde zugunsten der Arbeitslosen ein Beschluß von sehr wohlthätiger Wirkung gefaßt, wonach der Anspruch auf *A r b e i t s l o s e n u n t e r s t ü t z u n g* einem Lohnanspruch gleichgestellt wurde.

Gewiß werden Streitigkeiten zwischen Versicherten und der Anstalt nie aus der Welt geschaffen werden. Es liegt auch nicht im Interesse der Parteien, dem Streit immer aus dem Wege zu gehen. Die Anschauungen und Rechtsauffassungen sind vielfach zu verschieden, als daß sie harmonisch ausklingen könnten.

Es lag mir daran, vor der Arbeiterschaft die Unterschiede zwischen Haftpflichtgesetzgebung und dem neuen Unfallrecht wieder einmal aufzurollen und ihr darzulegen, daß doch manches besser geworden ist, daß sich Vorteil oder Nachteil des neuen Rechtes nicht daran in erster Linie ermessen lassen, ob einzelne Verunfallte mehr oder weniger zu ihrem Recht kommen, sondern ob von allgemeinen *G e s i c h t s p u n k t e n* und der *s o z i a l e n G e s e t z g e b u n g* aus, gemessen an den *L e i s t u n g e n* des alten und neuen Rechtes, das letztere vorzuziehen ist. Und die Versicherten sollen sich namentlich auch hüten, alle Kritik, die an Wirtstischen und gelegentlich auch in der Presse von interessierter Seite an der Anstalt geübt wird, einfach als bare Münze hinzunehmen.

Ich stehe als einer derjenigen, der auf einem Arbeiterssekretariat die Interessen von Verunfallten in häufigen Fällen wahrzunehmen hat, zu der Behauptung, daß die Rückkehr zu den früheren Zuständen nicht erwünscht sein kann. Was heute gesetzgeberisch und praktisch im Unfallrecht nicht richtig gelöst ist, kann verbessert werden.

Die Verunfallten sollen sich selbstredend um ihre Rechte wehren. Wo kein Kläger, ist auch kein Richter. Und es ist ja dafür gesorgt, daß bestrittene Ansprüche mit wenigen oder gar keinen Kosten gerichtlich ausgetragen werden können. In einigen Kantonen ist das Prozeßverfahren unentgeltlich, in anderen ist die Kostenlosigkeit des Prozesses mit Leichtigkeit zu erreichen.

Für Erledigung von außergerichtlichen Anständen stehen den Versicherten überall die Arbeiterssekretariate zur Verfügung.

Die Wahlen in Oesterreich.

Von Dr. Otto Leichter, Wien.

Das ziffernmäßige Ergebnis der Nationalratswahlen, die am 21. Oktober in Oesterreich stattfanden, läßt sich ganz kurz zusammenfassen: Während der Stimmenzuwachs aller bürgerlichen Parteien

zusammen 2 % ihrer früheren Stimmen betrug, haben die Sozialdemokraten ihre Stimmenzahl um 20 % vermehrt und so nicht nur die Stimmeneinbuße der Wahlen des Jahres 1920 wettgemacht, sondern auch die größte Stimmenzahl, die sie in der Hochflut der Revolution errungen hatten, überschritten. — Die Zahl der Parlamentsmitglieder ist aus Ersparnisgründen von 183 auf 165 herabgesetzt worden. Von diesen 18 Mandaten verliert die aus Christlichsozialen und Großdeutschen bestehende bürgerliche Regierungskoalition 17 Sitze, während die Sozialdemokraten im neuen Parlament nur einen Sitz weniger haben. — Der neue Nationalrat setzt sich also aus 68 Sozialdemokraten, 83 Christlichsozialen, 10 Großdeutschen und 4 Landbündlern zusammen.

Die Voraussetzungen des Wahlkampfes waren für die Arbeiterschaft alles eher denn günstig. Bekanntlich ist es dem christlichsozialen Bundeskanzler *Seipel*, einem katholischen Geistlichen, der ganz zweifellos ein bürgerlicher und reaktionärer Politiker von Format ist, gelungen, einen Völkerbundskredit unter der Bedingung zu erhalten, daß Oesterreich seine ganze finanzielle Gebarung der Kontrolle eines vom Völkerbund zu bestellenden Generalkommissärs unterstellt, der natürlich nur der Exponent der großen finanzkapitalistischen Mächte des Kontinentes ist. Mit Hilfe dieses Kredites konnte die Regierung einen weiteren Kronensturz verhindern, die Krone stabilisieren, was zur Wahlzeit gerade auf dem Relief des wahnwitzigen Markverfalles und der wirtschaftlichen und sozialen Krise Deutschlands als nicht leicht zu widerlegendes Schlagwort wider uns stritt. Die Sozialdemokraten, das waren für den Spießer diejenigen, die den Kronensturz gebracht, die den Staat in die Krise der Geldentwertung gestürzt hatten, die gegen den Genfer Vertrag Sturm gelaufen hatten — die unter Seipels Führung vereinigten Bürgerlichen hatten endlich den Auslandskredit, die Stabilisierung und damit die Rettung Oesterreichs gebracht. Die Bürgerlichen sind für, die Sozialdemokraten gegen die Sanierung der Republik! Selbstverständlich eine Lüge, denn wem liegt mehr an der wirtschaftlichen Gesundung und damit der politischen Sicherung der Republik als der einzigen wirklich republikanischen Partei, den Sozialdemokraten?

Wurde sonst bei den Wahlen von kleinen, bürgerlichen Gruppen den Sozialdemokraten Schützenhilfe geleistet und die Einheit des bürgerlichen Blockes durch Kämpfe der bürgerlichen Parteien untereinander gestört und zersplittert, so hat sich diesmal **a l l e s g e g e n d i e S o z i a l d e m o k r a t e n** vereinigt. Die Klerikalen und die immer mehr großkapitalistisch orientierten Christlichsozialen hatten mit dem Unternehmerverband der Industriellen und dem Bankenverband ein Uebereinkommen abgeschlossen, wonach sie — offenbar gegen entsprechende finanzielle Unterstützung — diesen Gruppen Sitze im Parlament, d. h. sichere Plätze auf der christlichsozialen Kandidatenliste einräumten. Die **C h r i s t l i c h s o z i a l e n**, einst die Partei des christlichen Sozialismus nach den Ideen von Rotteler und Vogelsang, einstmals die Führerin der Kleinbürgerlichen, Ge-

werbetreibenden und der Mittelschichten, einstmals die Vertreterin der Interessen des „Kleinen Mannes“ gegen das allmächtig werdende Finanzkapital der 80er und 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts, haben sich in den letzten Jahren unter der Führung Seipels in eine reaktionäre, allem sozialen Fortschritt abholden Unternehmerpartei verwandelt, die alles unter ihrem Banner zu sammeln beginnt, was durch das Interesse des Besitzes zusammengehalten wird. — Die **G r o ß d e u t s c h e n**, die die eigentliche Zeche dieser Wahl bezahlen mußten, die ungefähr die Hälfte ihrer früheren Mandate an ihre christlichsozialen Koalitionsbrüder verloren haben und als politischer Faktor überhaupt nicht mehr in Betracht kommen, sind der schäbige Rest der Deutschnationalen aus dem alten Oesterreich, die durch ihre unsinnige chauvinistische Politik gegen die anderen Nationen des alten Nationalitätenstaates die Hauptschuldigen der altösterreichischen Politik waren.

Für die **S o z i a l d e m o k r a t i e** ist natürlich **O p p o s i t i o n** gegenüber dieser Regierung, die den Genfer Knechtungsvertrag weiter unter der Vormundschaft des Generalkommissärs durchzuführen hat und die das Vollzugsorgan der großbourgeoisien Interessen sein wird, selbstverständlich.

Dieser Auffassung der Situation, die der Referent des Parteivorstandes, **O t t o B a u e r**, auf dem in den allerletzten Tagen abgehaltenen Parteitag vertrat, fand die allgemeine und ungeteilte Zustimmung des gesamten Parteitages von der Rechten bis zur Linken. Waren auch alle in der Auffassung über die in der nächsten Zeit einzuschlagende Taktik einig, so gab es doch eine sehr interessante und lehrreiche Debatte über das **K o a l i t i o n s p r o b l e m**. Wenn es auch in Oesterreich niemand gibt, der für eine Koalition mit Bürgerlichen unter jeder Bedingung wäre, wie das etwa bei dem rechten Flügel der deutschen Sozialdemokratie noch immer der Fall ist, so gibt es doch eine Reihe von führenden Genossen — vor allem die Führer der Rechten während des Krieges, **K e n n e r** und **E l l e n b o g e n** —, die eine Koalition mit Bürgerlichen als gar kein außergewöhnliches Mittel der sozialistischen Politik betrachten. Demgegenüber steht die Ansicht derer, die gegen die Kooperation mit Bürgerlichen vor allem oder fast nur Bedenken haben, die in einer solchen Koalition ein so außergewöhnliches und gefährliches, besonders den Glauben der Arbeiter an den Sozialismus und ihre sozialistische Reinlichkeit bedrohendes Mittel des Klassenkampfes sehen, daß es nur in ganz besonderen Situationen angewandt werden kann, in denen wirklich die ganze Arbeiterschaft hinter diesem Wagnis steht und in denen es wirklich keinen anderen Ausweg für das Proletariat gibt. Darin liegt unseres Erachtens der wirkliche und entscheidende Unterschied zwischen diesen beiden Ansichten; für die einen ist die Kooperation mit Bürgerlichen ein politischer Weg neben anderen, für die anderen kommt er als normales Mittel überhaupt nicht in Betracht. Für die einen gibt es Zeiten, in denen sich aus Gründen der politischen

Zweckmäßigkeit eine Koalition nicht empfiehlt, für die anderen ist es im kapitalistischen Klassenstaat der selbstverständliche Normalzustand, daß das Proletariat entsprechend seiner Stärke eine mehr oder weniger wirksame Kontrolle übt und den Bürgerlichen die allernotwendigsten Maßnahmen abzwingt. Hier liegt der Gegensatz vor allem zwischen Austerlitz, dem Chefredakteur der „Arbeiterzeitung“, und Otto Bauer einerseits und Renner und Ellenbogen anderseits. Momentan sind diese gegensätzlichen prinzipiellen Einstellungen nicht von praktischer Bedeutung, da — wie gesagt — momentan alle gegen einen Eintritt in die Regierung sind und die Bürgerlichen auch gar keine Ursache haben, uns eine Koalition anzubieten, solange ihre, die bürgerliche, besteht.

Über die Frage, ob Koalition oder nicht, ist noch aus einem anderen Grunde für die jetzigen Verhältnisse in Deutschösterreich unaktuell. Wir haben bei den letzten Wahlen vier Zehntel aller abgegebenen Stimmen erhalten und wir müssen bei den nächsten Wahlen nurmehr ein Zehntel, also ungefähr 300,000 Stimmen, erobern und — wir sind die Mehrheit und können eine rein sozialistische Regierung bilden, die allein wirklich sozialistische Maßnahmen durchsetzen kann. „Wir müssen die Mehrheit werden“ — diese Parole hat Otto Bauer bereits zwei Tage nach der Wahl in einer großen Versammlung ausgegeben, diese Parole hat er in seinem Referat auf dem Parteitag wiederholt. Es ist die selbstverständliche Aufgabe einer Partei, nicht nach einer Verewigung der Machtverhältnisse in einer Koalition zu streben, sondern im Machtkampf der Klassen jene Dynamik des Ringens um die volle und ungeteilte Macht hervorzuheben und zu unterstreichen, die auch tatsächlich dem Klassenkampf zugrunde liegt. Wenn man den Arbeitermassen und ihren Vertrauensmännern nicht mehr sagen muß: Ihr müßt die Macht im Staat mit anderen, mit Vertretern eurer Klassengegner, teilen, sondern wenn man ihnen sagen kann, daß es ums Ganze, um die wirkliche Macht, um die Möglichkeit wirklicher sozialistischer Regierungsmaßnahmen geht, so bringt man durch diese Parolen eine ganz andere Begeisterung, eine ganz andere Kraft in die Arbeitermassen, als wenn man die Notwendigkeit eines Abfindens mit den gegenwärtigen Machtverhältnissen für längere Zeit verkündet.

So bringt der in einer international für den Sozialismus sehr ungünstigen Zeit abgeschlossene Wahlkampf in Oesterreich und die sich aus ihm ergebende Richtung unserer weiteren Politik neue Energien und neue Impulse für unsere Bewegung. Der österreichische Sozialismus ist trotz aller internationalen Rückschläge im Vorschreiten begriffen und daraus kann nicht nur die österreichische Partei, sondern auch die in vielen Ländern in die Defensive geratene Arbeiterbewegung frische Kraft und frischen Mut schöpfen.
